

kritik & utopie ist die politische Edition
im mandelbaum *verlag*.

Darin finden sich theoretische Entwürfe
ebenso wie Reflexionen aktueller sozialer
Bewegungen, Originalausgaben und
auch Übersetzungen fremdsprachiger
Texte, populäre Sachbücher sowie
akademische und außeruniversitäre
wissenschaftliche Arbeiten.

IDENTITÄT & POLITIK

Kritisches zu linken Positionierungen
herausgegeben von Gerhard Hanloser

mandelbaum *kritik & utopie*

© mandelbaum *kritik & utopie*, wien, berlin 2022
alle Rechte vorbehalten

Lektorat: Elvira Gross
Satz: Bernhard Amanshauser
Umschlag: Martin Birkner
Druck: Primerate, Budapest

Inhalt

- 7 Vorwort
- CHRISTOPH JÜNKE
- II Identität und/oder linke Politik
*Ein Streifzug durch die neuere identitätspolitische Debatte nebst
Anmerkungen zur Theorie und Geschichte eines überholten Konzeptes*
- ILSE BINDSEIL
- 66 Faux amis – Die 68er und ihre vermeintlichen Erben
- GERHARD HANLOSER
- 75 Identitätspolitik und linke Geschichte. Ein Versuch
- ANNE SEECK
- 108 Identität jenseits des „normalen“ Lebenslaufregimes –
eine biografische Spurensuche
- KARL REITTER
- 130 Von der „Klasse an sich“ zur „Klasse für sich“, vom Haupt- und
Nebenwiderspruch und anderen Seltsamkeiten
Identitätspolitik als soziale Praxis
- JANETTE OTTERSTEIN
- 145 Identitätspolitik und Klassenkampf: (k)ein Widerspruch
Ein Rückblick auf das Combahee-River-Collective-Statement
- FELIX WEMHEUER
- 167 Von Haupt- und Nebenwidersprüchen
*Antikolonialismus und Antirassismus im Konflikt zwischen dem
maoistischen China und der Sowjetunion um die Führungsrolle
der kommunistischen Weltbewegung*

- BERNARD SCHMID
195 „Islamogauchisme“, „Indigènes“ und „Racialisme“ –
Identitätsdebatten in Frankreich als Herausforderung für die Linke
- MOSHE ZUCKERMANN
220 Ethnizität, Identität und Populärkunst in Israel
- KARIN WETTERAU
233 Identität und Erinnerung oder: Was wir aus der Vergangenheit
lernen sollen
- 262 Autorinnen- und Autoren

Vorwort

Identitätspolitik, so könnte man meinen, ist in erster Linie ein Modebegriff, ein Feuilletondebattenaufreger und auch ein Denunziationsmarker. Die Kritik an der Identitätspolitik lässt sich nicht so einfach einem Milieu oder politischen Lager zuordnen. Sie wird formuliert von eher konservativen Publizistinnen und Publizisten wie von marxistischen Autorinnen und Autoren. Wissenschaftler mögen so manche identitätspolitische Behauptung aufspießen und kritisieren. An Stammtischen wird darüber geschertzt, aber auch Politiker, die eine Erneuerung der Linken anstreben, fällen harsche Urteile über „die Identitätspolitik“. Bekannt wurde Sahra Wagenknecht, die einer eher sozialdemokratischen Position zuneigt, mit ihrer Abrechnung mit linksliberaler, grüner wie vorgeblich linksradikaler Identitätspolitik.¹

7

Kein gesellschaftliches Feld scheint von identitätspolitischen Fragestellungen und Manövern ausgeklammert zu sein. Ob die hohe Politik, Theater und Kultur, die Mikropolitik, autonome Subkulturen oder die Star- und Sternchen-Welt: Überall finden sich – mal mehr, mal weniger hämisch kommentiert – Beispiele für Identitätspolitik. Begriffe, die aus dem Wortfeld der Identitätspolitik stammen wie *Woke*, Wahrheitspolitik, *Framing*, *Cancel-Culture* und anderes sind in den Alltagsgebrauch eingezogen. Die schärfsten Kritiker der Identitätspolitik entpuppen sich schnell als die uneinsichtigsten Verfechter von Identität – nur eben einer anderen. Das Feld der Identitätspolitik ist unüberschaubar, weil alles mittlerweile identitätspolitisch überwölbt zu sein scheint: diverse Zugänge zu Ressourcen im Kulturbusiness ebenso wie die Frage der Erinnerungskultur. Längst geht es nicht mehr nur um die Berücksichtigung von bislang übersehenen Subjekten und ihren Lebenslagen, die Vermeidung verletzender Worte und Taten, um politische Korrekturen und Emanzipationsaufbrüche. Es scheint um alles zu gehen: um Wahrheit und Geltung, besonders dort, wo sich nur das Geltendmachen von egoistischen Privatinteressen in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft artikuliert. Insofern ist Identitätspolitik keinesfalls zwingend mit dem Adjektiv „links“ verbunden. Fragen der nationalen, religiösen oder ethnischen Identität gehören gemeinhin eher zu den Ideologien des Konservatismus. Die sozialistische Kritik wollte ja alles *Ständische* und Stehende *verdampft*, alles Heilige ent-

1 Sahra Wagenknecht, *Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt*, Berlin 2021. Unter anderem aus den dort formulierten Vorstellungen soll sich nun (Stand: 1.6.2022) eine „populäre Linke“ in Deutschland formieren.

weiht sehen, wie es im *Kommunistischen Manifest* heißt, dessen Autoren hier den Hut vor Liberalismus und Bürgertum zogen, welche diese Auflösungs- bewegung bewerkstelligen würden. Damals wusste der Kommunismus noch zwischen feudalistischem Konservatismus und bürgerlichem Progressismus zu unterscheiden, um sich selbst als Drittes zu setzen.

Je mehr die Klarheit darüber verloren geht, was unter „links“ heute noch zu verstehen ist, umso vehementer scheint der Tanz um Identitäten an Fahrt aufzunehmen. Im wilden Potpourri hakt der eine das andere unter – Sozialismus, Liberalismus, Konservatismus –, jener flirtet mit diesem, und am Ende ist nicht mehr klar, ob links nicht das Gleiche wie liberal ist. Zuweilen drängt sich die Frage auf, ob die antirassistisch motivierte Behauptung, eine bestimmte Haartracht dürften nur Menschen einer bestimmten Kultur tragen, nicht doch eigentlich erkonservativ ist.

8 In Deutschland befindet sich die parlamentarische Linke im Sinkflug, außerparlamentarisch regt sich immerhin an dieser und jener Stelle noch etwas. Doch die Coronakrise und der Ukrainekrieg haben unter Linken nicht nur Opportunismus auf der einen und Verstiegtheit auf der anderen Seite produziert, sondern auch noch wie Mühlsteine die linke Vernunft traktiert.

Identitätspolitik, also das Abstellen auf ein unterdrücktes Eigenes, das es gegen ein herrschaftlich Hegemoniales zu stellen gilt, verspricht dabei kaum mehr Ausweg hin zu einer wirklich umwälzenden Praxis zu sein. Einige wollen sie mit „neuer Klassenpolitik“ versöhnen, andere liberal anschluss- und diskursfähig ummodellern, wieder andere dichten sie gegen jede Kritik ab. Und eine kleine Gruppe Linker verdammt Identitätspolitik, um zur stabilisierenden roten Fahne, der Hammer- und Sichel-Nostalgie, zu greifen. Und so grassieren identitätspolitische Manöver, Haltungen und Diskurse unter linken Akteuren aller Orten.

Dieser Sammelband will in der kritischen Auseinandersetzung mit linker Identitätspolitik ein paar Schneisen schlagen: an emanzipatorische Kämpfe und Theorien erinnernd, ohne nostalgisch zu sein; zuweilen polemisch, ohne autoritär zu agieren; fragend, doch mit einem Ziel: die universelle herrschafts- und ausbeutungsfreie Gesellschaft anzupeilen oder zumindest daran festzuhalten, dass eine andere und bessere Welt für alle möglich ist. Versammelt sind hier zu einem großen Teil alte Bekannte, die bereits in anderen Text-Unternehmungen eine publizistische eingreifende Kritik vorgenommen haben. Viele von uns vereint der gemeinsame Bezugspunkt neulinker Debatten nach 1968. Für einige Rezipient:innen der mittlerweile ausufernden Literatur zum Thema mögen unsere Namen zu deutsch klingen, unsere Gesichter zu weiß sein. Altmodisch möchte deshalb der nicht nur weiße, sondern auch nicht mehr ganz junge, männliche Herausgeber sagen: Hört darauf, *was* gesagt wird, nicht *wer* spricht. Vielleicht ist dies die Semantik und Haltung von gestern. Vielleicht ist das Gestern dann allerdings besser als das Heute. Geschichtslosigkeit kann die Krise der Linken hierzulande nur vertiefen. Historisches

Denken und eine Kenntnis des Stands der Debatte sind erste Voraussetzungen für ein politisches Projekt, das soziale Befreiung von Herrschaft und Ausbeutung verspricht und ihre Umsetzung angeht. Dass dies jenseits nationaler Beschränkungen verlaufen muss, ist offensichtlich.

Zum einen informiert diese Textsammlung über globale identitätspolitische Fragen in den USA, Frankreich oder Israel. *Bernard Schmid* präsentiert für die französische Debatte eine Linke, die sich migrantischen Anliegen zuwendet, antimuslimischen Rassismus abzuwehren trachtet, dies jedoch machen sollte, ohne in die Kritiklosigkeit gegenüber repressiv-religiösen oder ethnizistischen Identitätskonstruktionen vonseiten migrantischer Akteure zu verfallen. *Moshe Zuckermann* zeigt, wie in Israel bereits früh eine Hegemonie aschkenasischer Juden, also der mittel-, nord- und osteuropäische Juden und ihrer Nachfahren, konstatiert wurde. Diese Kritik bleibt jedoch kulturalistisch verflacht und argumentiert verdinglichend, wenn sie um größere Repräsentation der „einen Kultur“ gegenüber der „anderen Kultur“ ringt; längst ist in der israelischen Kulturindustrie beides amalgamiert. Die sozioökonomische Klassendimension der realen Diskriminierung müsse stattdessen in einem gemeinsamen Kampf angegangen werden. *Janette Otterstein* führt uns durch die US-Debatte, in der ein schwarzes lesbisches Kollektiv namens Combahee River Collective in den späten 70er Jahren als Erstes den Begriff der *identity politics* aufbrachte. Dieses sah sich im Kampf für eine antirassistische, feministische, sozialistische Revolution und war mit seinem antihierarchischen Politikansatz weit entfernt von unserem heutigen Begriff von einer Identitätspolitik, die auf einer individuellen und interpersonalen Ebene in separatistischer Abkapselung verharrt oder gar instrumenteller und manipulativer Logik folgt.

Christoph Jünke und *Gerhard Hanloser* eröffnen den Band mit theoretischen Einsprüchen gegen Behauptungen von Identitätspolitik:innen, wobei Jünke die deutsche und internationale Debatte darstellt, während ich in einer Tour de Force durch linke Geschichte auch den hiesigen subkulturellen Szenecodes nachgehe, die linke Politik oft zu einer repressiven Sittenwacht verkommen lässt. *Ilse Bindseil* blickt, die 68er-Debatten im Ohr, auf Identitätspolitik und gleicht die beiden grundverschiedenen „linken“ Strömungen ab, jene der mit Marx und Freud bewaffneten Neuen 60er- und 70er-Linken mit den aktuellen Diskurskämpfer:innen. Wie Bindseil legt in einer biografischen Skizze *Anne Seeck* offen, wie weit sie sowohl von der DDR-Gesellschaft als auch als Neuankömmling in der BRD tiefe Entfremdung empfand, die bis zur „Identitätsstörung“ führte, und auch in der Linken keine „Heimat“ im Sinne Ernst Blochs finden konnte.

Sowohl bei *Karl Reitter* wie bei *Felix Wemheuer* steht der „Hauptwiderspruch“ im Mittelpunkt ihrer Auseinandersetzung. Von linken Identitätspolitik:innen wird einer angeblich hegemonialen marxistischen Linken ein solches Denken angedichtet, wonach es nur auf den Antagonismus zwischen

Kapital und Arbeit ankomme. Reitter führt aus, dass die marxische Sozialkritik die gesellschaftliche Form überwinden wollte, dabei auch das Proletariat als Klasse überwunden werden sollte. Mit dem Kapitalismus sollten auch andere Formen sozialer Dominanz in eine freie Assoziation überführt werden. Gemessen an den auf Anerkennung und Repräsentanz setzenden Forderungen der Identitätspolitik ist dies das tiefere und radikalere Programm. *Felix Wemheuer* erinnert an einen nahezu unbekanntem Streit um Identitäten zwischen den verfehdeten beiden Giganten der Geschichte gewordenen Weltkommunismus: zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China. Die Streitfrage, wer die Anliegen der Kolonisierten und der Dritten Welt besser verkörpere, wuchs sich zu einem Schaulauf antirassistischer Identitätspolitik aus, in der Antirassismus und Antikolonialismus gar zum neuen „Hauptwiderspruch“ zu geraten schienen.

10 Längst ist das Feld der Vergangenheitspolitik zu einem Schlachtfeld von Identitätskämpfen verkommen. Auch hier werden „Hauptwidersprüche“ postuliert: Für die einen soll in der Erinnerungskultur der Shoa, also der Vernichtung der europäischen Juden, als Besonderes und Unvergleichbares erinnert werden, während andere dieses Menschheitsverbrechen auf Leiderfahrungen beispielsweise durch koloniale Verbrechen beziehen wollen. Leid und linke Politik gehören seit Karl Marx' kategorischem Imperativ, wonach alle Verhältnisse umzuwerfen sind, in denen der Mensch ein beleidigtes und unterdrücktes Wesen ist, zusammen. *Karin Wetterau* beschreibt die Gebundenheit geschichtspolitischer Identitätskonstruktionen an hegemoniale Interessen und zeichnet den Weg von opportuner Geschichtsvergessenheit zur selektiven, opferzentrierten Erinnerungskultur als Grundlage der „deutschen Staatsräson“ nach. Sie verweist auf die blinden Stellen und die diskriminierenden und exkludierenden Tendenzen einer Vergangenheits- und Identitätspolitik, in der die „Opfer der Opfer“ mundtot gemacht werden und „undeutsche“ Sichtweisen aus dem globalen Süden keinen Ort und keine Stimme haben.

Damit nimmt der Sammelband eine dritte Position im Streit um die Identitätspolitik ein. Weder wollen die Beiträgerinnen und Beiträger einer falschen Affirmation eines fragwürdigen Konzepts das Wort reden, noch sich den zusehends rabiaten konservativen oder spöttelnd-liberalen Stimmen anschließen, die die Subalternen und ihre Fürsprecher:innen zum Schweigen verdonnern wollen, um damit die herrschenden Verhältnisse schöner zu zeichnen, als sie sind.

Gerhard Hanloser, Berlin im Frühsommer 2022

CHRISTOPH JÜNKE

Identität und/oder linke Politik

Ein Streifzug durch die neuere identitätspolitische Debatte nebst
Anmerkungen zur Theorie und Geschichte eines überholten Konzeptes

„Ich bin. Aber ich habe mich nicht. Darum werden wir erst.“
(Ernst Bloch)

Wie viel Identität verträgt unsere Gesellschaft? Ist die gendergerechte Sprache mehr als bloßes Gendergaga? Darf man noch von „Schwarzen“ oder „Farbigen“ sprechen oder ist dies schon Ausweis eines ebenso persönlichen wie strukturellen Rassismus? Macht man sich die Kultur anderer, mit denen man sich politisch und/oder ästhetisch solidarisiert, zu eigen? Was kann oder darf man eigentlich überhaupt noch sagen in unserer Gesellschaft? Und gehören zu dieser auch die Muslime? Ist der Antizionismus ein Antisemitismus und die Kritik am politischen Gesellschaftssystem Israels ebenso? Und wie verhält man sich zu jenen zunehmend lauter werdenden Forderungen, in politischen Verruf geratene alte Straßennamen umzubenennen und zuerst einmal seine Privilegien zu checken, wenn man sich zur gemeinsamen Diskussion versammelt?

11

Ob in den sogenannten sozialen Medien oder der medialen Öffentlichkeit, ob in der noch immer Meinungen machenden *Bild*-Zeitung oder im Feuilleton anderer großer Zeitungen und Zeitschriften, ob im ARD-Presseclub, der 3Sat-Kulturzeit oder in den philosophischen und literarischen TV-Clubs: Identitäten und Identitätspolitik sind in aller Munde. Und auch wenn dieser mediale und gesellschaftspolitische Raumgewinn schon einige Jahre länger zu beobachten ist, so haben es diese und andere Fragen nun in die vorderste Reihe nicht nur unserer „Spielwiesen der Betroffenheit“ (wie man die Talkshow-Formate der 1990er Jahre von Hans Meiser, Bärbel Schäfer, Jürgen Fliege, Vera Int-Veen u. a. genannt hat) geschafft. Diesen „Affekt-Talks“ vergleichbar, lesen oder hören wir nun von empörten Gegnern und (zumeist eher vorsichtigeren) Verteidigern identitätspolitischer Theoreme und Praktiken, lassen uns von „Expert*innen“ und „Experten“ das eine oder andere darüber erzählen und sind gewillt, das eine oder andere auch persönlich beizutragen.

Streifzug durch die neuere identitätspolitische Debatte

„Sind die so wahnsinnig, wie die *Bild* sie darstellt?“, fragte sich der linksliberale *Freitag*-Herausgeber und Fernsehjournalist Jakob Augstein kurz vor den letzten Bundestagswahlen im Herbst 2021 in einem 3Sat-Feature über „Die deutsche Identitätssuche“. Und nachdem er sich dort zuallererst als „alter weißer Mann“ und „damit schuldig“ selbst denunzierte, machte er sich sodann, kritisch wie wohlwollend zugleich, auf die Suche nach Leuten, die es wissen sollten. Er befragte Aktivist*innen, Betroffene, Politiker*innen und Wissenschaftler zum vermeintlichen „Lieblingssport der Deutschen: Wer sind wir?“ Und betonte immer wieder den „illiberalen Zug“ der Debattenkultur, machte aber gleichzeitig seinen eigenen Standpunkt recht deutlich: „Eh, natürlich brauchen wir eine Leitkultur!“ Am Ende stand einmal mehr die mutmachend vorgetragene Hoffnung auf die Häutungsprozesse einer liberalen Erneuerung unserer Gesellschaft – denn es wäre doch wirklich schön, so Augstein, wenn ein bunter Schmetterling baldmöglichst unseren altgewordenen Bundesadler ersetzen könnte ...

Gleichsam das Buch zum Film vorgelegt haben zur gleichen Zeit die beiden *taz*-Journalisten Jan Feddersen und Philipp Gessler – und auch sie beginnen bußfertig damit, ihre „Privilegien zu checken“.¹ Kompetent und engagiert führen sie uns in die wunderbare Welt der neueren Identitätspolitik ein, in die Welt des *Gendern* und der *Cancel-Culture*, der *Sprachpolitik*, *Triggerwarnungen* und *Wokeness* („Wachheit“, wie man die neue *Political Correctness* nennt), und fragen sodann nach bei Kolleg*innen, Aktivist*innen und Expert*innen politischer Theorie und Praxis. Auch sie eröffnen ihre Reise mit der Feststellung, dass, obwohl alle gerne fachmännisch (oder fachfraulich) darüber reden, eigentlich niemand so genau wisse, was „Identitätspolitik“ wirklich sei. Eine tatsächliche Antwort auf die Frage sucht man zwar auch bei ihnen vergeblich. Im extra angehängten Glossar erfahren wir über den Begriff der Identität nur, dass er ein zentraler Teil der „Identitätspolitik“ sei, die wiederum „von der eigenen Identität (vor allem als Minderheit)“ ausgehe und auf die eigene Unterdrückung fokussiere, um Gesellschaft und Politik zu verstehen und politische oder gesellschaftliche Veränderung zu verlangen (Feddersen/Gessler 2021, S. 235²). Doch sie betonen, dass sie den Begriff der Identitätspolitik „weiter für sinnvoll und nützlich“ halten, weil deren Protagonist*innen „in erster Linie diskriminierte Gruppen der Gesellschaft in den Blick nehmen und deren Lage verbessern,

- 1 Immerhin erfahren wir dabei, dass beide in den 1970er/1980er Jahren aufgewachsen und entsprechend biografisch gelernt haben, dass die neuen Minderheitenrechte – der eine von ihnen ist schwul – von links erkämpft wurden, und dass es bei diesem Kampf nicht um Lifestyle und Identität ging, sondern um Rechte.
- 2 Die im Folgenden immer in Klammern gesetzten Seitenzahlen beziehen sich auf das entsprechend zitierte Werk.

ihre Anerkennung (oder Sichtbarkeit) erhöhen wollen“ (S. 29), Identitätspolitik entsprechend „die mächtigste Quelle einer kulturellen Neusortierung zumindest der westlichen Welt“ sei (S. 8). Identitätspolitik ist also für die beiden die Antidiskriminierungspolitik ethnischer, kultureller, biologischer und sexueller Minderheiten:

„Die (besondere) Prägung dieser Gruppen wird dabei als so bestimmend gesehen (oft sowohl innerhalb wie außerhalb der Gruppe), dass sie als essentieller Teil auch ihrer einzelnen Angehörigen betrachtet wird, also als ein Merkmal, ohne das die jeweilige Person kaum verstanden werden kann (und sich vielleicht auch selbst kaum versteht).“ (S. 30)

Das alles ist nicht verkehrt, besonders trennscharf allerdings auch nicht – denn: Was ist dann eigentlich keine Identitätspolitik?

Die Stärke der beiden Journalisten liegt nicht auf dem Gebiet einer theoretischen und historischen Durchdringung ihres Themas (auch wenn in ihrem Buch die entsprechenden Stichworte des Postmodernismus und des Poststrukturalismus fallen: von Foucaults Macht- und Wissenschaftskritik zu den Postcolonial Studies, von den Gender Studies zu den Queer Studies und der Critical Whiteness), sie liegt vielmehr in der Vertrautheit mit den zeitgenössischen politischen Diskursen und Zusammenhängen. Überzeugend verdeutlichen sie, inwiefern die Identitätspolitik ein Kind der jüngsten US-amerikanischen Geistes- und Kulturwissenschaften, ihrer Medien und Universitäten ist, und vor allem darauf beruhe, dass es in gesellschaftspolitischen Räumen nicht darauf ankomme, *was* jemand sage und ob dies wahr sei, sondern vor allem darauf, *wer* rede und *wie*. Paradigmatisch schildern sie den Fall einer US-amerikanischen Universitätsdekanin, die, anlässlich der Black-Lives-Matter-Bewegung, in einer E-Mail „Black lives matter, but also, everyone’s live matters“ geschrieben hatte und in einem „Shitstorm“ daraufhin zuerst der Relativierung des exklusiven Opferstatus schwarzer Betroffener beschuldigt wurde, um sodann auch ihren Job zu verlieren. Zu Recht sehen Feddersen/Gessler darin einen „identitätspolitische(n) Furor“ (S. 55), der auf die auch an Universitäten vorhandene US-amerikanische Kultur des *Hire and Fire* (des *Heuerns und Feuerns*) verweise, darauf, „dass das US-amerikanische Hochschulwesen in einer selbstgebauten Falle steckt – eingeschlossen zwischen Sprachverboten, einer fragwürdigen Neuausrichtung ganzer Wissenschaftszweige, Lesewarnungen vor Werken von ‚Alten Weißen Männern‘, einer verstörenden ‚race‘-Fixierung und einer Überängstlichkeit der Dozent*innen, die Studierenden bloß nie der Gefahr einer Überforderung oder Irritation auszusetzen, während sie gleichzeitig oft selbst mit Angst und Unsicherheit auf diese Anspannung reagieren“ (S. 62). Eine solche Kultur beruhe auf Emotionalisierung, Angst und Überwachung, auf Misstrauen, Denunziation und Ausgrenzung und ziele auf ideologische Normierung und gesellschaftliche Unterwerfung. In den letzten beiden Jahrzehnten habe solches Verhalten auch auf den Kultur- und Medienbereich übergreifen, auf Theater, Film und TV

ebenso wie auf die Print- und die sozialen Medien und dabei die Züge eines neuen Generationenkonfliktes angenommen.

Was also in den 1990er Jahren als Political Correctness vergleichsweise harmlos und nicht ohne sachliche Gründe begonnen habe, habe drei Jahrzehnte später eine neue Qualität bekommen:

„Die Identitätspolitik will, zumindest in ihren Auswüchsen, nicht nur bestimmen, wie und mit welchen Wörtern über bestimmte Themen gesprochen wird, sondern auch, welche Themen überhaupt behandelt werden dürfen, welche Positionen noch nicht einmal geäußert werden sollen und wer eigentlich nur schweigen und ‚lernen‘ soll. Das aber halten wir nicht für ein probates Prinzip für eine demokratische Gesellschaft und einen offenen gesellschaftlichen Diskurs.“ (S. 44)

14 Entsprechend sensibel registrieren die beiden, dass und wie diese neue Identitätspolitik in den letzten Jahren auch nach Deutschland übergeschwappt ist. Auch hier sei Identitätspolitik bereits zu einem „Distinktionsmerkmal des Mittelstandsnachwuchses gegenüber scheinbar weniger gebildeten und sozial abgesicherten Schichten“ (S. 87) geworden. Das deutsche Hochschulsystem sei in vielem zwar noch grundsätzlich verschieden von den USA, doch auch hier habe der neoliberale Umbau mit seinen zumeist zeitlich befristeten Stellen zu einem entsprechenden Konformitätsdruck geführt. Auch im deutschen Journalismus werde die identitätspolitische Strömung

„eindeutig stärker – was mit den jungen Leuten zu tun hat, die mit den entsprechenden Prägungen aus den Universitäten in die Redaktionen strömen, und das hat durchaus Züge eines untergründigen Generationenkonflikts in den Medienhäusern. Die Befürworter*innen und Gegner*innen des identitätspolitischen Ansatzes stehen sich dabei nach unserem Eindruck hierzulande eher wenig versöhnlich gegenüber. Welche Gruppe am Ende im hiesigen Medienwesen bestimmend sein wird, ist aber, anders als in den USA, noch nicht entscheiden.“ (S. 100)

Das Autorenduo erlaubt hier – sofern man es versteht, gleichsam zwischen den Zeilen zu lesen – einen interessanten Einblick in laufende Prozesse. Als gestandene Redakteure der linksliberalen *tageszeitung (taz)* sind sie vom Thema ihres Buches auf besondere Weise betroffen: Die *taz* sei nicht nur „ein feinfühliges und exzellent informiertes Zentralorgan der linken Bewegungen“ (S. 92³), sondern habe den identitätspolitischen Diskurs auch wesentlich mitbefeuert in den deutschen Landen: „(S)ie ist seit Jahren fast so etwas wie ein öffentliches Labor für diese Entwicklungen.“ (S. 93) Auch sie selbst verstehen sich dabei als Linke, schreiben „aus einer liberal-linken Perspektive“

3 Nur nebenbei sei hier vermerkt, dass diese Aussage (ähnlich wie andere, beispielsweise jene, dass die *taz*-Co-Chefredakteurin Ulrike Winkelmann „eine gestandene Linke“ sei (S. 143)) in den meisten linken Politgruppen und Subkulturen ebenso bestritten wie trefflich belächelt werden dürfte.

und wollen sich mit ihrem Werk stark machen „für das in unseren Augen höchste Gut von Linken und Linkliberalen, die Meinungsfreiheit“, für eine Meinungsfreiheit also, die in der identitätspolitischen Bewegung „häufig suspendiert“ werde: „Wir glauben“, schreiben sie, „an ein universalistisches Weltbild, an Aufklärung und Vernunft, nicht jedoch an Identität.“ (S. 11, 15) Wo Identitätspolitik auf die Verabsolutierung minderheitlicher Sprecher*innenpositionen hinauslaufe, beruhe sie auf einem „positionalen Fundamentalismus“ und auf „strategischen Essenzialisierungen“, begünstige Sprechverbote und eine Absage- und Verbotsunkultur (*Deplatforming, Cancel-Culture*), und befördere (als Reaktion auf „die Schuld, weiß zu sein oder irgendwelche anderen Merkmale aufzuweisen, die mit einem Privileg verbunden sein sollen“, S. 166) religiöse Bußrituale und ideologische Linientreue, einen humorlosen Reinheitswahn und eine Spirale der Opferkonkurrenz („Wenn ich sage, ich bin ein Opfer, wer bist du dann zu sagen, ich sei keines?“, S. 126). Identitätspolitik leiste so „ungewollt vielleicht, aber fast unentrinnbar“ einer „Tribalisierung oder einem Stammesdenken Vorschub“ (S. 208). Stattdessen sollten sich Linke vorbehaltlos auf den Universalismus rückbesinnen („Der Glaube an die Identitätspolitik definiert keinen linken Menschen“, S. 209) und Hautfarben dürften keine Rolle spielen.

15

Im argumentativen Kampf gegen solcherart Identitätspolitik wachsen die beiden über sich hinaus und betonen, dass sich „die Linke“ (auch hier im offensichtlich weitesten Sinne des Wortes benutzt) nicht neoliberal spalten lassen dürfe und aufhören müsse, „auf einen performativen Antirassismus zu starren und das große Ganze kapitalistischer Ausbeutung nicht mehr zu sehen“ (S. 210). Dass sie so aber nicht als sozialistische Antikapitalisten reden, sondern als demokratische, also der bürgerlichen Demokratie verpflichtete Linke, machen sie unmittelbar folgend deutlich, wenn sie zwar die Garantie gleicher Rechte für alle einfordern, aber

„weitergehende Forderungen für problematisch [halten]. Tatsächlich ist in der identitätspolitischen Strömung eine Tendenz zu beobachten, auch eine Gleichheit der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen aller Menschen in der Gesellschaft einzuklagen – manchmal auch unabhängig von ihrer Leistung und ihrem Können. Wie das aber dem Zusammenleben, überhaupt einem gesellschaftlichen Ganzen, dienlich sein soll, sehen wir jenseits utopistischer Gratismünze nicht. (...) Die Linke muss sich für eine liberale und offene Gesellschaft einsetzen oder, pathetisch gesagt, sie verteidigen.“ (Feddersen/Gessler, S. 211, 213)

Linke sollten also endgültig Abschied nehmen von der Zielidee sozialer Gleichheit und stattdessen endlich verfassungspatriotisch werden, stolz sein auf die deutsche Fußballmannschaft und es öffentlich feiern, wenn jemand Deutsche*r werden wolle.

Man fühlt sich hier an des linken Intellektuellen Gerhard Zwerenz' eindringliche Worte erinnert: „Man hätte aber endlich so gern mal ein Land,